

Anlage 2 zu TOP 5

Bericht des Bürgermeisters

Anbau am Kindergarten

Der Laubengang zwischen dem vorhandenen Gebäude und dem Anbau wird in Absprache mit der Leitung aktuell nicht gebaut. Gründe hierfür sind die erheblichen Kosten und die Durchschneidung der Aussenspielfläche.

Versorgungsquote Kindergarten

In der Kindergartenbeiratsitzung wurde von der Leitung erläutert, dass 106 Kinder versorgt werden. Die Warteliste für Elementarkinder ist abgearbeitet, so dass alle Haselauer und Haseldorfer Kinder einen Platz erhalten haben. 9 Kinder haben einen Migrationshintergrund, 3 Kinder sind ohne Deutschkenntnisse. Es gibt immer mehr Kinder mit pädagogischen Sonderbedarf, in solchen Fällen wird die Gruppengröße reduziert.

Das Jahr 2023

Wir haben ein anstrengendes politisches Jahr 2023 gemeinsam bewältigt. Die Kommunalwahl, die verschiedenen Bauvorhaben, die Bauleitplanung, die Vorbereitung der 800 Jahr Feier u.v. andere mehr haben uns viel abverlangt. Vielen Dank für die Unterstützung, ich wünsche uns ein paar ruhige und besinnliche Festtage.

Planung einer neuen Schule

Wir werden uns Anfang des neuen Jahres wieder zusammensetzen und die Planung vorantreiben, hoffentlich jetzt mit einem neuen Partner, der Gemeinde Hetlingen.

Neubau einer Turnhalle

Die Baugenehmigung liegt vor, nunmehr kann die Ausschreibung erfolgen und eine Umsetzung im kommen Jahr anstreben.

Finanzlage

Die Finanzlage wird durch die anstehenden Investitionen und die Kürzung der Finanzausweisungen zusehends angespannt. Der Finanzausschuss hat beschlossen, im 1. Quartal 2024 hierüber zu beraten und wird über Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen reden müssen.

Deichunterhaltung -Auszug aus einem Erlaß)

c) die Bekämpfung von für den Deich schädlichen Tieren Zu den Tieren, die für den Deich und dessen Grasnarbe schädlich sein können, gehören insbesondere solche Tiere, die Baue in den Deich graben und somit für die Deichstabilität eine Gefahr darstellen können. Hierzu gehören z.B. Wühlmäuse, Maulwürfe, Kaninchen, Marderhunde, Dachse und Nutria. Der gesetzlichen Verpflichtung zur Bekämpfung von für den Deich schädlichen Tieren nach § 69 LWG könnte dabei das Artenschutzrecht nach §§ 44, 45 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) entgegenstehen, das ein grundsätzliches Tötungsverbot für wildlebende Tiere der besonders oder streng geschützten Arten normiert. Es bedarf daher im Einzelfall einer naturschutzrechtlichen Ausnahmegenehmigung nach § 45 Abs. 7 BNatSchG für den Deichunterhaltungspflichtigen, die durch das Landesamt für Umwelt erteilt wird.

EinwohnerDie Einwohnerzahl ist von 1089 (12/22) auf 1110 (§/23) um 21 Personen gestiegen davon 544 Frauen)

Empfehlung: 900 Höfe umsiedeln

Zum Klimaschutz könnten die Mooregebiete im Land deutlich mehr beitragen – doch was wird dann aus den dort wirtschaftenden Bauern? Das untersucht ein neues Gutachten im Auftrag des Agrarministeriums



Die Klima-Krise
vor unserer Tür

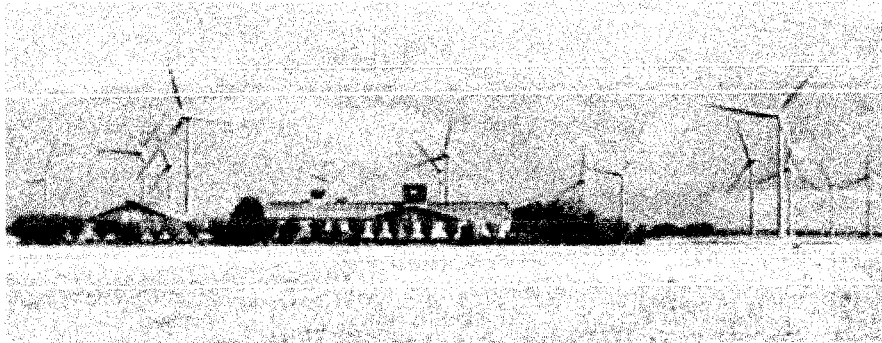
Frank Jung

Eine beachtliche Zahl: 900 Bauernhöfe umsiedeln, damit ihre auf Moorböden gelegenen Flächen wieder vermehrt CO₂ speichern können – und die Landwirte andernorts eine Perspektive haben: Diese Empfehlung an die Landespolitik unterbreiten die Kieler Agrar-Professoren Uwe Latacz-Lohmann und Torben Tiedemann in einem gestern veröffentlichten Gutachten. Landwirtschaftsminister Werner Schwarz (CDU) hatte die Studie in Auftrag gegeben. Sie untersucht erstmals, welchen ökonomischen Preis der Agrarsektor für verschiedene Szenarien eines ausgeweiteten Moorschutzes zahlen müsste – und wie weit die Interessen beider Seiten in Einklang zu bringen wären.

Die 900 Betriebe, die die Wissenschaftler als Kandidaten für eine Umsiedlung sehen, entsprechen jedem 15. gemessen an der Zahl aller Höfe im Land. Es sind diejenigen, deren Fläche zu mehr als 60 Prozent von einer Wasserstandsanhhebung um 20 Zentimeter in Schleswig-Holsteins Niederungsgebieten betroffen wären. Gut die Hälfte dieser Betriebe liegt konzentriert in der Eider-Treene-Sorge-Niederung. Für sie sehen die Agrar-Professoren im bisherigen Standort bei Wiedervermässungen keine wirtschaftliche Grundlage mehr.

Dieser Kreis macht 23 Prozent aller Bauernhöfe in den untersuchten Regionen aus. Für alle anderen hält das Gutachten ein Überleben auch in Kombination mit Moorschutz für möglich. Allenfalls gilt das für die 40 Prozent der Höfe, deren Fläche höhere Wasserstände höchstens zu 20 Prozent betreffen.

Als Grundlage dafür haben die Studienautoren eine Be-



Ein Hof in der Marsch. Vor allem entlang der Westküste liegen Niederungsgebiete (siehe Grafik), die laut Experten umgesiedelt werden sollten. Foto: imagepoint.de



grenzung auf einen 20 Zentimeter höheren Pegel angesetzt. „Damit ließen sich jährlich gut 1,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente einsparen – vorausgesetzt, dass dies wasserbaulich machbar ist“, sagt Latacz-Lohmann. Maximal möglich wäre nach Berechnungen der Landesregierung ein doppelt so hoher Kompensationseffekt der Niederungen: drei Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente pro Jahr. Das würde aber noch deutlich höhere Wasserstände mit jeglicher Aufgabe landwirtschaftlicher Nutzung voraussetzen.

„Bei 20 Zentimeter höheren Wasserständen ergäben sich innerhalb Einsparungen von 17,5 Tonnen CO₂-Äquivalen-

ten pro Hektar und Jahr“, hebt Latacz-Lohmann hervor. „In diesem Fall wäre die Nutzbarkeit in Teilen der Region noch gegeben.“ Co-Autor Torben Tiedemann fügt hinzu: „Im Winter anstauen und im Sommer den Wasserstand wieder etwas absenken – das bringt schon eine Menge fürs Klima. Und das gerade in der Milchviehhaltung eingesetzte Grünland kann weiter genutzt werden.“ Allerdings werde dies voraussichtlich mit deutlichem Mehraufwand und einer geringeren Milchleistung verbunden sein.

Minister Schwarz möchte mit der Studie die Stimme der Landwirtschaft in der Debatte über die Niederungsstrategie

„Im Winter anstauen und im Sommer den Wasserstand wieder etwas absenken – das bringt schon eine Menge fürs Klima.“

Torben Tiedemann
Professor für Agrarwissenschaften

der Landesregierung stärken. Dieses Papier hat das von den Grünen geführte Umweltministerium unlängst vorgestellt. Die Strategie sieht die Niederungsgebiete – immerhin ein Fünftel der Landesfläche – vor umfangreichen „Anpassungen“ im Zeichen von Klimaschutz, Klimawandel und Extremwetter.

Schwarz betont, dass die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen keinem Selbstzweck diene, sondern zur gesellschaftlichen Aufgabe der Erzeugung von Nahrungsmitteln beitrage. „Eine prinzipielle Nutzungsaufgabe kann daher nicht unser Ziel sein und würde weitere negative Folgen haben wie beispielsweise eine Verlagerung der Produktion“, warnt der CDU-Politiker. „Umso wichtiger ist es, dass wir als Politik Verantwortung übernehmen und in den betroffenen Regionen für eine dauerhafte wirtschaftliche Perspektive und Planungssicherheit sorgen.“

Bisher dominiert die intensive Milchviehhaltung auf

Grünland in den Niederungen. Als einzige massive Folge Nutzung, die im Vergleich zu einer Einkommenssteigerung beitragen könnte, sieht die Studie Freiflächen-Photovoltaik.

Naturschützer propagieren gern den Anbau so genannter Paludikulturen wie etwa Schilf. Das halten Latacz-Lohmann und Tiedemann „nach unseren Modellrechnungen“ für „nicht rentabel“ – abgesehen von einzelnen Ausnahmen, wenn ein Betrieb dafür ganz besonders viel Fläche mobilisieren kann. Für Teile der Betriebe halten die Forscher bei Wiedervermässungen eine Umstellung auf extensive Milchvieh- und Mastrinderhaltung für denkbar. Sie betonen jedoch: Dabei seien selbst bei Teilnahme an Ökoregelungen und Vertragsnaturschutzprogrammen „spürbare Einkommensverluste“ anzunehmen. Ihr Fazit: Die verfügbaren EU-Agrar-Prämien „bieten stark betroffene Landwirten keinen ausreichenden Anreiz für eine freiwillige Maßnahmenumsetzung.“

Schwarz macht sich dem auch bereits jetzt eine Forderung aus dem Gutachten besonders zu eigen: Es komme unter anderem auf eine Weiterentwicklung von Förderinstrumenten und die Honorierung von Gemeinwohlleistungen unter anderem mit EU-Mitteln an. Der Minister will das Gutachten als Baustein nutzen, um „vor Ort im Dialog freiwillige Lösungen zu entwickeln“. Er sieht es zudem als Basis für die Arbeit des „Kompetenzzentrums für klimaeffiziente Landwirtschaft“, dessen Ressort einrichten will.

• Neuigkeiten zu Klima-Themen



gibt es in unserem kostenfreien Klima-Newsletter. Anmeldung unter

shz.de/klimaneu oder scannen Sie den QR-Code.